



HESSISCHER LANDTAG

02. 05. 2017

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Europäische Union als Wertegemeinschaft stärken und weiterentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag erinnert anlässlich des 60. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge daran, dass die Europäische Integration maßgeblich zu einer nie gekannten Phase des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit und des Wohlstandes in Europa geführt hat. Die Europäische Einigkeit zu wahren, zu pflegen, zu vertiefen und auszubauen ist uns - gerade in Zeiten großer Herausforderungen wie dem Brexit, der andauernden Schuldenkrise und der weiterhin problematischen Flüchtlingssituation - daher Ziel und Verantwortung.
2. Der Landtag betrachtet die EU zu allererst als Wertegemeinschaft, in der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Demokratie oberste Grundsätze sind. Diese Werte sind die Grundlage unseres Zusammenlebens in Europa und haben den Kontinent über Jahrzehnte zu einem Ort des Friedens werden lassen. Alle Mitglieder der Europäischen Union wie auch die Beitrittskandidaten sind aufgefordert, diese Werte anzuerkennen und für sie einzustehen. Er stellt fest, dass die jüngsten Entwicklungen in der Türkei diesen Werten entgegenstehen und die Türkei daher zurzeit kein ernsthafter Beitrittskandidat sein kann. Der Landtag betrachtet auch die europafeindliche Agitation und die politische Entwicklung in Ungarn und Polen mit großer Sorge.
3. Der Landtag bedauert, dass sich mit Großbritannien ein wichtiger Teil der europäischen Wertegemeinschaft und seit jeher ein wichtiger und starker Partner Deutschlands und Hessens in vielen internationalen und auch innereuropäischen Fragen entschlossen hat, die Europäische Union zu verlassen. Er setzt sich dafür ein, mit Großbritannien möglichst schnell zu einer fairen Vereinbarung über die künftigen Beziehungen zu kommen. Dabei darf es kein "Rosinenpicken" geben, indem Großbritannien weiterhin alle Vorteile der Europäischen Einigung genießt, ohne seiner damit einhergehenden Verantwortung für gemeinsame Entscheidungen gerecht zu werden und die Grundfreiheiten der Europäischen Union - die Freiheit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital - zu garantieren und die Rechtsprechung der Europäischen Gerichtshöfe zu akzeptieren. Zudem müssen die Rechte der in Großbritannien heimisch gewordenen Bürgerinnen und Bürger von EU-Mitgliedsstaaten gewahrt bleiben. Wir treten dafür ein, die sich aus dem Brexit ergebenden Chancen für Hessen zu nutzen. Dazu gehören auch die Ansiedlung der europäischen Bankenaufsicht am Standort der Europäischen Zentralbank in Frankfurt sowie die weitere Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt.
4. Der Landtag begrüßt, dass in den Niederlanden und in Frankreich proeuropäische Kräfte gestärkt aus den jüngsten Wahlen hervorgegangen sind. Er sieht es als gutes Zeichen, dass eine dezidiert proeuropäische Argumentation für viele Bürgerinnen und Bürger offensichtlich ein wahlentscheidendes Kriterium gewesen ist, und verbindet damit die Hoffnung auf einen proeuropäischen Wahlausgang in Frankreich. Zugleich verbindet der Landtag mit den Wahlergebnissen die Hoffnung, mit diesen proeuropäischen Kräften die notwendigen Reformen der Europäischen Union angehen und europäische Lösungen für die großen, transnationalen Herausforderungen und Probleme finden zu können.
5. Der Landtag ist erfreut darüber, dass sich mit "Pulse of Europe" an vielen Orten in Europa eine deutlich vernehmbare zivilgesellschaftliche Bewegung etabliert hat, die für Europa, seine Werte und die europäische Einigung eintritt. Die wöchentliche Teilnahme von mehr als 10.000 Menschen an diesen Kundgebungen ist sichtbarer Ausdruck auch unserer Überzeugung, dass die europäische Integration keine Selbstverständlichkeit ist, sondern täglich beworben und verteidigt werden muss.

6. Der Landtag ist sich bewusst, dass die wirtschaftliche Einigung und der Binnenmarkt ganz wesentliche Faktoren dafür sind, dass die EU einen spürbaren Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger entfaltet. Er setzt sich daher für die Beibehaltung und wo erforderlich den Ausbau der vier Grundfreiheiten - der Freiheit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital - ein. Der Binnenmarkt birgt enorme Vorteile, gerade für die deutsche und hessische Wirtschaft in Form von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung, aber auch Vorteile für Verbraucherinnen und Verbraucher, durch ein breites Angebot in einem großen Markt, einheitliche Mindeststandards und günstige Preise. Wo der Binnenmarkt noch nicht vollendet ist, setzt sich der Landtag für seine Vervollständigung ein. Beispiele sind die zentralen Projekte des digitalen Binnenmarktes und der Energieunion. Zugleich ist sich der Landtag bewusst, dass gerade die zahlreichen Regelungen der europäischen Union oftmals als ein Übermaß an Bürokratie wahrgenommen oder dargestellt werden. Er appelliert an alle Parteien, künftig für europäische Regelungen einzutreten, wo diese notwendig sind, und differenziert Kritik zu üben, wo diese notwendig scheint.
7. Der Landtag sieht zudem in der Weiterentwicklung der gemeinsamen Sicherheitsstruktur eine wesentliche Aufgabe und Grundlage für einen funktionsfähigen gemeinsamen Wirtschaftsraum. Dazu gehören auch eine bessere Sicherung der EU-Außengrenzen und eine optimierte Zusammenarbeit der nationalen Sicherheitsbehörden.
8. Der Landtag unterstreicht die Bedeutung der europäischen Einigung für die Rolle Deutschlands und Europas in der Welt. Als geeintes Europa sind wir ein wichtiger Partner bei allen internationalen Fragen, gerade auch als ehrlicher Mittler in der globalen Konfliktbewältigung und zur Konfliktprävention. Gerade in einer immer stärker globalisierten und multipolaren Welt ist es entscheidend, dass Europa in außen- und sicherheitspolitischen Fragen möglichst mit einer Stimme spricht, damit auch unsere Interessen international wahrgenommen werden.
9. Der Landtag hebt des Weiteren hervor, dass Europa im globalen Klimaschutz eine herausragende Position innehat. Als Vorreiter und Impulsgeber war die EU maßgeblich an den Beschlüssen der Klimakonferenz in Paris beteiligt. Europa sollte sich seiner Verantwortung bewusst sein und hier weiter vorbildlich agieren. Für globalen Klimaschutz zu werben und die notwendigen Maßnahmen durchzusetzen, gelingt nur in europäischer Gemeinsamkeit.
10. Nichtsdestotrotz ist der Landtag sich der Kritik an der Europäischen Union und ihren Institutionen bewusst. Er hält daher eine breite Debatte über die Zukunft der Europäischen Union für unbedingt erforderlich. Er begrüßt vor diesem Hintergrund das Weißbuch der EU-Kommission zur Zukunft Europas als wertvollen Beitrag zu dieser Debatte.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. Mai 2017

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)